

## Freiheit für die Schulen!

KOMMENTAR DER ANDEREN | MATTHIAS STROLZ, 3. Dezember 2012, 18:05

**Dass sich in Sachen Ganztagschulen langsam etwas zu bewegen scheint: gut und schön.**

**Weniger schön: die Dauerblockaden eines vitalen Schulbetriebs durch parteipolitische Gängelung**

In der Frage der Ganztagschule scheint also nun doch etwas zu gehen. Die ÖVP bewegt sich - wie gewohnt widerspenstig - aus ihrem Schmollwinkel, wenn der Zug der Zeit sie längst überholt hat. Aber immerhin. Natürlich brauchen wir einen entschlossenen Ausbau der Angebote an Ganztagschulen. Und natürlich soll die Gestaltung dabei der Logik einer "Verschränkung" von Lern- und Freizeitphasen folgen. Wenn hier die ÖVP das Prinzip der Verschränkung ablehnt, dann folgt sie zwar ihrem bildungspolitischen Mantra "Das brauchen wir nicht, weil wir's nicht wollen", ignoriert aber verlässlich die Erkenntnisse moderner Lernpsychologie.

Während wir uns - in Sachen Fortschritt genügsam geworden - über Bewegung in der Frage der Ganztagschule freuen, dürfen wir allerdings nicht vergessen, dass sich die rot-schwarze Bildungspolitik in vielen anderen Fragen im Kreis dreht. Die Schulen befinden sich seit Jahrzehnten im Würgegriff unzeitgemäßer Rahmenbedingungen, überbordender Bürokratie und föderalistisch sowie parteipolitisch durchorganisierter Bevormundung.

### Denkschablonen entsorgen

Die Weckrufe in Richtung Bildungspolitik waren in den letzten Jahren zahlreich: Studie um Studie, Buch um Buch, Schicksal um Schicksal. Doch alles verhallte unverstanden im Getöse des hundertjährigen Krieges um die Gesamtschule. Den weiteren Abfall im Output unseres Schulsystems - zur Erinnerung: 27,5 Prozent der 15-Jährigen können nicht ausreichend sinnerfassend lesen - können wir nur stoppen, wenn wir die alten Schablonen endlich wegwerfen. Wir sollten die Stellungskrieger der Gesamtschule und die Grabenkämpfer der bipolaren Pseudo-Differenzierung nach Hause schicken. Von ihnen ist nichts mehr zu erwarten, was hilfreich ist. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in der Schuldebatte, der darauf zielt, Innovationskraft "von unten" freizusetzen, und die "Einrichtung Schule" aus den Fängen der Parteipolitik und der Bürokratie befreit. So wie Innovationen in der Wirtschaft nicht im Wirtschaftsministerium, sondern vor Ort in den Unternehmen entstehen, so werden es auch in der Bildung nicht Ministeriumsbeamte und Landesschulräte sein, die echten Fortschritt umsetzen, sondern Schulen mit Gestaltungsspielraum, die sich aktiv und frei weiterentwickeln.

Wir müssen für unser Bildungssystem Freiräume erkämpfen. Hier einige konkrete Vorschläge: Beginnen wir mit der Entpolitisierung des Personalwesens. Ein umfassendes "Schul-Transparenzpaket" muss her. Schulleiter sollen vom Schulgemeinschaftsausschuss nach öffentlichen Hearings und auf Basis anerkannter Qualifikations- und Kompetenzkriterien bestellt werden. Sie sollen sich ihre Mitarbeiter - Lehrer, Sozialarbeiter, Psychologen, Lerncoaches und andere Fachleute - auswählen können und ungeeignete Personen ersetzen dürfen. Und sie sollen über ein Globalbudget verfügen, mit dem sie pädagogische Schwerpunkte setzen können, anstatt nur verlängerter Arm der Schulbürokratie zu sein.

Die Landes- und Bezirksschulräte können wir im Gegenzug abschaffen. Ihre Kosten übersteigen den Mehrwert, den sie aktuell bringen. Eine Qualitätssicherungsagentur auf Bundesebene, die unterstützt, anstatt zu verwalten, brächte den Schulen wertvollere Inputs. "Den Schredder einschalten und sich raushalten" - wie es Bildungsforscher Stefan Hopmann unlängst treffend formulierte - sollte auch das Bildungsministerium. Die Schulen mit immer neuen Erlässen und

Verordnungen zu überschütten führt zwar dazu, dass die Lehrgewerkschaft verzweifelt nach Verwaltungspersonal ruft, bringt aber keine Qualitätssteigerung im Unterricht.

Eine moderne Bildungspolitik verbindet gemeinsame Standards und Ziele auf Bundesebene mit Freiheiten auf lokaler Ebene. Eine teilzentrale Mittlere Reife mit 15 z. B. schafft ein gemeinsames Ziel für die Pflichtschuljahre. Die Wege dorthin aber sollen Mittelschulen frei definieren können, in einem Wettbewerb der besten pädagogischen Konzepte und der engagiertesten Mitwirkenden.

### **Engagement fördern**

Ihr Budget erhalten die Schulen subjektbasiert pro Schüler oder pro Absolvent, mit Anreizen, auch schwächere oder benachteiligte Schüler aufzunehmen und zum Erfolg zu führen. Denn Engagement soll sich lohnen, und daher braucht es auch Aufstiegschancen: In größeren Schulen machen Fachbereichsleitungen Sinn, da Direktoren ihren Führungsaufgaben bei einer großen Lehrerschaft nicht individuell nachkommen können.

Und: Ein flexibles Lehrendienstrecht schafft neue Möglichkeiten, die Betreuungsqualität zu verbessern - z. B. kleinere Klassen und mehr Unterrichtsstunden bei gleichbleibender Gesamtzahl der betreuten Schüler pro Lehrkraft. Und ob die "Klasse" überhaupt das Maß aller Dinge bleiben soll, wird erst das Erproben anderer Formen der Lernorganisation zeigen.

Fazit: Den Regierungsparteien fehlt die Gestaltungskraft für Neues und - noch schlimmer - das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Bürger/-innen. Die gute Nachricht: Letztere sind offenkundig in zunehmendem Maße nicht mehr gewillt, auf den Zuschauerrängen zu verharren. Schon gar nicht, wenn das Ergebnis in jedem bildungspolitischen Match ein torloses Remis ist. Vielleicht also kommt doch noch etwas in Bewegung: mit oder ohne SPÖVP. (Matthias Strolz, DER STANDARD, 4.12.2012)

**Matthias Strolz** (39), ehemals ÖH-Vorsitzender an der Uni Innsbruck und parlamentarischer Mitarbeiter der ÖVP, leitet eine Organisationsberatungsfirma und ist seit Anfang d. J. Vorsitzender der Neopartei "Neos - das Neue Österreich".

---

© derStandard.at GmbH 2012 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.  
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.